

Mögliche Elemente eines Konjunktur- und Investitionsprogramms der hessischen Landesregierung

– Kurzfassung –

Verstetigung der staatlichen Investitionsbelegung und Unterstützung der Kommunen

Im Bereich der öffentlichen Infrastruktur besteht in Hessen ein erheblicher Investitionsstau. Dies gilt in besonderem Maße für die Bildungsinfrastruktur (insbesondere Schulen und Hochschulen), die Krankenhäuser sowie den Verkehrsbereich. Aber auch kleinere Tätigkeitsfelder des Landes wie der Forstbereich sind betroffen. In den zurückliegenden Jahren hat sich die Investitionstätigkeit sowohl bei den Kommunen als auch beim Land leicht belebt. Diese Entwicklung muss sich fortsetzen. Das Land muss seine Investitionen verstetigen. Zudem ist das Land aufgefordert, den Kommunen ihre Einnahmeherausfälle sowie die erforderlichen Mehrausgaben aufgrund der Corona-Krise zusammen mit dem Bund auszugleichen, um deren Leistungsfähigkeit im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge zu gewährleisten.

Förderung des sozialen Wohnungsbaus

Das schon bestehende Defizit im Wohnungsbau wird sich in Hessen in den nächsten 15 Jahren beträchtlich vergrößern. Ein beträchtlicher Teil davon betrifft den Bereich des geförderten Wohnungsbaus. Ohne eine massive Ausweitung der Wohnungsbauförderung kann dieses Defizit nicht abgebaut werden.

Verkehr

Um das Klima zu schützen, ist die Landesregierung aufgefordert, eine integrierte Verkehrspolitik zu verfolgen, die die Verlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsträger und deren Verknüpfung fördert. In Hessen besteht auch im Verkehrsbereich ein erheblicher Investitionsstau, den die Landesregierung aktuell für die Bereiche Schiene, Straße und Brücken erheben und dann abbauen sollte. Das ÖPNV-Angebot muss insbesondere im ländlichen Raum, ggfs. auch durch Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken, massiv verbessert werden. Elektromobilität sollte deutlich stärker gefördert werden.

Digitalisierung

Die Digitalisierung hat einen fundamentalen Wandel für die Beschäftigten und deren Arbeitswelt zur Folge. Dieser muss aus Sicht der Gewerkschaften aktiv gestaltet werden. Die neuen Technologien müssen genutzt werden, um die Arbeitswelt humaner zu gestalten. Der DGB fordert mehr öffentliche Investitionen in die Breitband- und Mobilfunk-Infrastruktur, aber auch im Bereich des Bildungssektors.

Stärkung und Förderung der Privatwirtschaft

Auch durch die Stärkung und Förderung privater Investitionen können Wachstums- und Stabilisierungseffekte generiert werden, die gleichzeitig die industrielle Wertschöpfung sowie Beschäftigung sichern. Ein Fokus muss dabei auf die Implementierung gezielter Innovations- und Investitionsprogramme gelegt werden. Die Dekarbonisierung und die Reduzierung des Ressourceneinsatzes sollte dabei wichtigster Fördergrundsatz sein.

Programme, die das Ziel des Austauschs alter CO₂-intensiver Technologie haben, die sowohl von Unternehmen als auch von Haushalten genutzt werden können, haben ebenfalls das Potenzial, kurzfristig Nachfrage zu erzeugen und gleichzeitig mittel- bis langfristig die Klimaziele zu erreichen. Die Solar- und Windenergie ist ein Wirtschaftszweig, der durch direkte oder indirekte staatliche Maßnahmen und Anreize verstärkt seinen Beitrag zur Energiewende und zum Klimaschutz beitragen sollte. Dazu müssen bekannte Investitionshindernisse abgebaut werden. Finanzielle Teilnehmungsmodelle für Kommunen können die Akzeptanz in der Bevölkerung für den Bau von Windanlagen erhöhen.

Die öffentlichen Hilfsprogramme für private Unternehmen sollten grundsätzlich mit Auflagen verknüpft sein (keine betriebsbedingte Kündigungen, Tarifbindung, keine Ausschüttung von Dividenden und Boni usw.). Zudem sollte das Land eine Landesholding zu gründen, um durch direkte Beteiligungen Unternehmen zu retten. Dabei muss das Land seinen Einfluss im Sinne des erforderlichen sozial-ökologischen Wandels auf die Unternehmenspolitik geltend machen und Tarifbindung durchsetzen.

Maßnahmen zur Konsumförderung

Sinnvoll erscheint auch eine Förderung des privaten Konsums, um die Konjunktur anzuschieben. Dies könnte durch Konsumgutscheine erfolgen, die Bezieherinnen und Bezieher niedriger Einkommen zukommen. Auch spezifische Konsumchecks wären sinnvoll, um bestimmte Branchen wie den Kulturbereich zu fördern.

Für Rückfragen steht Ihnen zur Verfügung:

Dr. Kai Eicker-Wolf, Abteilung Wirtschafts- und Strukturpolitik, DGB Hessen-Thüringen

Telefon: 069-27300553, E-Mail: kai.eicker-wolf@dgb.de